

BEE/VKU

Wärmewende muss kommunal sein

[05.05.2022] Bei einer gemeinsamen Veranstaltung auf den Berliner Energietagen 2022 hoben BEE und VKU die Bedeutung kommunaler Wärmeplanung als Schlüsselinstrument für die Wärmewende hervor.

Die Bundesregierung plant die flächendeckende Einführung der kommunalen Wärmeplanung. Hierzu soll gemeinsam mit den Bundesländern ein gesetzlicher Orientierungsrahmen geschaffen werden. Doch auch auf Ebene der Länder gibt es zahlreiche Initiativen – so etwa in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) haben daher auf ihrer nunmehr siebten gemeinsamen Veranstaltung auf den Berlin Energietagen 2022 mit Experten über die Chancen und Herausforderungen der kommunalen Wärmeplanung diskutiert. Den ersten Impuls gab dabei Robert Riechel (Deutsches Institut für Urbanistik), der zunächst den wissenschaftlichen Diskussionsstand sowie weiteren Handlungs- und Forschungsbedarf aufzeigte. Er unterstrich zudem die Notwendigkeit, die Wärmeplanung im Zuge der wärmepolitischen Debatte stärker in den Fokus zu nehmen. Gleichzeitig wies er auf den weiteren Forschungsbedarf in Hinblick auf die Vielfalt möglicher Aufgaben, die konkrete Ausgestaltung in der Praxis sowie auch bei den erforderlichen Rahmenbedingungen hin.

Anschließend wurden ausgewählte Praxisbeispiele durch Vertreter der Stadtwerke München sowie der Stadt Heidelberg vorgestellt. Dabei wurden auf Basis der konkreten Erfahrungen vor Ort Herausforderungen bei der Durchführung der Wärmeplanung an und Politikempfehlungen für eine flächendeckende Einführung ausgesprochen. Im Zentrum der Veranstaltung stand der Verbände-Talk, an dem Christian Maaß, Leiter der Abteilung II (Wärme, Wasserstoff, Effizienz) im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Martin Bendig, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg, BEE-Geschäftsführer Wolfram Axthelm und VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing teilnahmen. In der Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass planerische Ansätze im Zuge der Wärmewende spürbar gestärkt werden sollten. „Die Wärmeplanung ist ein relativ neues politisches Instrument, für welches Akzeptanz geschaffen werden muss. Daher ist für eine flächendeckende Einführung entscheidend, dass die Rahmenbedingungen erheblich verbessert werden. Dazu gehört etwa eine umfassende Finanzierung und attraktive Beratungsangebote“, unterstrich Liebing. Neben der planerischen Tätigkeit müssten gleichzeitig die Investitionsbedingungen für den Umbau der unterschiedlichen Versorgungsinfrastrukturen vor Ort verbessert und die Technologieoffenheit vor Ort gewahrt werden. „Die zügige Dekarbonisierung im Bereich der Wärme ist heute auch eine soziale Aufgabe. Die Implementierung der erneuerbaren Energien in vorhandene Infrastrukturen wird dafür entscheidend. Die Potenziale bei Solarenergie, erneuerbarer KWK und Geothermie im urbanen Raum sind hoch“, erklärte Axthelm.

(ur)

Stichwörter: Klimaschutz, BEE, VKU, Wärmewende